

KOMMENTAR

Entscheidungsfragen am ÖGB-Kongress

ALFRED PAYRLEITNER über die Zukunft
der Pensions-Harmonisierung



Nach der Euphorie über Arnies Triumph in Kalifornien kehrt Österreichs Innenpolitik zu ihren Kernthemen zurück. Lostag ist der große ÖGB-Kongress in der kommenden Woche. An der Stimmung dort wird man erkennen, wie es zwischen Regierung und Arbeitnehmervertretung weitergehen wird – aber auch, wie es um die Sozialpartnerschaft steht.

In letzter Zeit mehren sich die Signale guten Willens: Für die Vorlage seines Modells zur Pensionsharmonisierung erntete der ÖGB auffallendes Lob von VP-nahen Experten wie Theodor Tomandl. Auch die Wirtschaftskammer hält sich mit kritischen Äußerungen zurück. Künftige Verhandlungen hätten durchaus eine Chance. Das hat auch gute Gründe: Endlich zeigen sich beim ÖGB Anzeichen sozialpolitischen Erwachens, der europaweite Trend zum Älterwerden wird zur Kenntnis genommen.

Unabhängige Sozialforscher verweisen auf richtige Ansätze – etwa auf die verstärkte Berücksichtigung von Schwerarbeitern oder auf die Notwendigkeit einer höheren Einstufung von Kindererziehungszeiten. Dass Arbeitsminister Bartenstein dabei nicht gleich in Begeisterung ausbricht, ist aus der verschiedenen Rollenverteilung verständlich.

Doch das Gesamtklima wäre nicht schlecht. Zum einen zeigt das bisherige deutsche Beispiel, wie man es nicht machen sollte (zunächst die Einführung, danach die Abschaffung und schließlich die Wiedereinführung eines demografischen Faktors bei der Berechnung der Renten). Zum anderen braucht es einfach den Faktor Vernunft. Wollen die Sozialpartner zeigen, dass sie noch entscheidungsfähig sind, müssen sie das in der nächsten Zukunft beweisen.

Der Haken bei den ÖGB-Wünschen ist das Fehlen genauer Kostenangaben. Auch wenn die schwer zu kalkulieren sind, kommt es doch auf die Grundhaltung an. Das gewerkschaftliche Modell gehe noch immer von einer „Schönwettermentalität“ aus, meint etwa der international bestens beschlagene Bernd Marin. Nämlich von der Annahme kontinuierlicher Wachstumsraten und unveränderten Einstellungen zum Begriff „Alter“.

Die aber verschieben sich ständig und bei einer abzusehenden Lebenszeit von 90 und mehr Jahren müssten auch die Ersatzraten gesenkt werden. Ein nachhaltiges „Allwettersystem“ sei nötig. Umgekehrt müsste sich die Regierung entschließen, von den langen Übergangszeiten abzugehen und alle Versicherten gleich zu erfassen – sonst schreibe man das alte System für 30 Jahre fort. Natürlich spießt es sich bei den Beamten, die trocken auf ein milliardenschweres Ansparkapital und ein neues Besoldungsschema beharren. Dem könne man aber, so Marin, durch den Hinweis auf künftige Abgabentlastungen begegnen.

Keinen Zweifel gibt es über den Zeitfaktor: Die Feinarbeit an der Harmonisierung dürfte zwei Jahre dauern, falls es gelingt, sich zumindest über deren Eckpfeiler zu einigen. Wenn der Mut vorhanden ist.

► **MAIL:** alfred.payrleitner@kurier.at